

# N i e d e r s c h r i f t

über die öffentliche Sitzung des  
Sozial- und Gesundheitsausschusses

am Mittwoch, dem 14.03.2018

Neues Rathaus  
Raum 1.8  
Großflecken 59  
24534 Neumünster

Beginn: 18:02 Uhr

Ende: 19:29 Uhr

## Anwesend:

### Stellvertretender Ausschussvorsitzender

Herr Manfred Zielke

### Ratsfrau / Ratsherr

Herr Andreas Hering  
Frau Sabine Krebs  
Frau Marianne Lingelbach  
Frau Babett Schwede-Oldehus

### Bürgerschaftsmitglieder

Herr Stefan Helmers  
Frau Harmke Janssen  
Frau Nadja Winter

### Außerdem anwesend

KAG der freien Wohlfahrtsverbände  
Seniorenbeirat  
Behindertenbeauftragter  
Aidshilfe Neumünster  
Aidshilfe Neumünster  
Aidshilfe Neumünster  
Kompetenzzentrum Aids in  
Schleswig-Holstein  
Forum der Vielfalt  
4 ZuhörerInnen  
1 Pressevertreter

Herr Heinrich Deicke  
Herr Heinz Fieroh  
Herr Hartmut Florian  
Frau Anna Struve  
Frau Angel Stelling  
Herr Lothar Rucht  
Herr Bernd Facklam

Frau Natali Schnar

### Von der Verwaltung

Erster Stadtrat  
Fachdienst 50  
Fachdienst 03, IT-Betreuung  
Fachdienst 03, Sozialplaner  
Fachdienst 03, Protokollführerin  
Fachdienstleiterin 53  
Personalrat

Herr Carsten Hillgruber  
Herr Martin Formella  
Herr Stefan Rosenkranz  
Herr Jörg Hellberg  
Frau Gudrun Folchert  
Frau Dr. Alexandra Barth  
Herr Georg Müller

**Entschuldigt:**

**Ausschussvorsitzender**

Herr Hans Heinrich Voigt

**Ratsfrau / Ratsherr**

Herr Oliver Schlemmer

**Bürgerschaftsmitglieder**

Herr Sami Inci

**Von der Verwaltung**

Fachdienstleiter 50

Herr Holger Pohlmann

**Tagesordnung:**

**Öffentlicher Teil**

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
2. Beschlussfassung über die unter Ausschluss der Öffentlichkeit zu beratenden Tagesordnungspunkte
3. Genehmigung der Tagesordnung der öffentlichen Sitzung am 14.03.2018
4. Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 31.01.2018
5. Information über die am 31.01.2018 unter Ausschluss der Öffentlichkeit gefassten Beschlüsse
6. Einwohnerfragestunde
7. Anträge und Anfragen
8. Vorstellung der neuen Kampagne "Kein Aids für alle 2020"
9. Gebührenbefreiung für ehrenamtlich Tätige bei der Teilnahme an der Erstbelehrung nach § 43 Infektionsschutzgesetz (IfSG)  
**Vorlage: 0533/2013/MV**
10. Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes;  
hier: Aktualisierung der Stellenbemessung in der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung des Fachdienstes Soziale Hilfen (50) sowie der Systembetreuung der Fachsoftware LÄMMkom des Fachdienstes Dezentrale Steuerungsunterstützung (03)  
**Vorlage: 1195/2013/DS**
11. Mitteilungen

1 .	Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
-----	---

Der stellvertretende Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 18:01 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

2 .	Beschlussfassung über die unter Ausschluss der Öffentlichkeit zu beratenden Tagesordnungspunkte
-----	---

TOP 12 wird unter Ausschluss der Öffentlichkeit beraten.

3 .	Genehmigung der Tagesordnung der öffentlichen Sitzung am 14.03.2018
-----	---

Die Tagesordnung der öffentlichen Sitzung am 14.03.2018 wird einstimmig angenommen.

4 .	Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 31.01.2018
-----	---

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 31.01.2018 wird einstimmig genehmigt.

5 .	Information über die am 31.01.2018 unter Ausschluss der Öffentlichkeit gefassten Beschlüsse
-----	---

Der stellvertretende Vorsitzende informiert über den am 31.01.2018 unter Ausschluss der Öffentlichkeit gefassten Beschluss.

6 .	Einwohnerfragestunde
-----	----------------------

Es liegen keine Fragen vor.

7 .	Anträge und Anfragen
-----	----------------------

Es liegen keine Anträge bzw. Anfragen vor.

8 .	Vorstellung der neuen Kampagne "Kein Aids für alle 2020"
-----	--

Der stellvertretende Vorsitzende begrüßt Frau Struve, Frau Stelling, Herrn Facklam und Herrn Rucht und gibt das Wort an sie weiter.

Frau Struve erläutert anhand einer Power-Point-Präsentation die Arbeit der Aidshilfe in Neumünster. Dabei geht sie auf die seit langem prekären finanziellen und personellen Bedingungen bei der Aidshilfe ein. Nachfolgend beantwortet sie Fragen der Ausschussmitglieder.

Festgestellt wird, dass an den Schulen wesentlich mehr Präventionsarbeit geleistet werden könnte, sofern mehr Personal vorhanden wäre.

Auch im Bereich der ambulanten Pflege fehle es an Wissen zum Thema Aids, was zur Folge habe, dass Pflegepersonal nur sehr schwer zu finden sei, wenn an Aids Erkrankte zu betreuen seien.

Anschließend stellt Herr Facklam die Kampagne „Kein Aids für Alle 2020“ vor.

Er weist auf den positiven medizinischen Fortschritt hin, aber auch auf weit verbreitete veraltete Vorstellungen zum Thema Aids. Ziel der Kampagne sei es, in diesem Bereich aufzuklären. Es sei möglich Aids zu stoppen, was einige Länder wie z.B. Schweden, Dänemark, Botswana und Kambodscha bereits geschafft hätten.

Ein weiteres Anliegen der Aidshilfe sei es, neue Mitglieder, auch für die Vorstandsarbeit, zu finden.

Es gebe den Wunsch einer Zusammenarbeit und nach einer Pressekonferenz zusammen mit den Fachdienst 53 und anderen.

9 .	Gebührenbefreiung für ehrenamtlich Tätige bei der Teilnahme an der Erstbelehrung nach § 43 Infektionsschutzgesetz (IfSG) <b>Vorlage: 0533/2013/MV</b>
-----	--

Der stellvertretende Vorsitzende erteilt Frau Krebs das Wort. Sie begrüßt die Vorlage inhaltlich, möchte dazu wissen, wer gemeint sei und wie es hinsichtlich der Trägerverantwortung der Wohlfahrtsverbände aussehe.

Nach Worterteilung durch den stellvertretenden Vorsitzenden beantwortet Frau Dr. Barth die Frage.

**Beschluss:**

Kenntnisnahme

10 .	Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes; hier: Aktualisierung der Stellenbemessung in der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung des Fachdienstes Soziale Hilfen (50) sowie der Systembetreuung der Fachsoftware LÄMMkom des Fachdienstes Dezentrale Steuerungsunterstützung (03) <b>Vorlage: 1195/2013/DS</b>
------	---

Der stellvertretende Vorsitzende gibt das Wort an Herrn Ersten Stadtrat Hillgruber weiter, der ins Thema einführt.

Demnach gebe es eine Umsetzungspflicht des BTHGs bei den Kommunen und wesentlicher Zweck dieses Gesetzes sei es, die Situation der Behinderten zu verbessern. Das Land habe grundsätzlich eine Teilkonnexität anerkannt.

Das Wort wird an Herrn Formella weitergegeben, der weitere Erläuterungen gibt. Nach Auskunft von Herrn Formella ergebe sich der zusätzliche Personalbedarf direkt aus dem Gesetz.

Der behinderte Mensch rücke in den Mittelpunkt und neu im Verfahren sei, dass binnen einer relativ kurzen Zeit von drei Wochen alle Reha-Träger Absprachen zu umzusetzenden Maßnahmen getroffen haben sollen. In Schleswig-Holstein seien für die Eingliederungshilfe sowie die Verfahren die Kommunen zuständig. Es sei mit einem enormen Anstieg des Arbeitsaufwands z.B. durch wesentlich mehr Koordination zu rechnen. Es gebe auch einen neuen Unterstützungs- und Beratungsaufwand. Der Paradigmenwechsel hin zum behinderten Menschen, der im Mittelpunkt stehe, sei eine tolle Herausforderung, und für eine qualitativ hochwertige Leistung müsse die Stadt gut aufgestellt sein. Es gebe eine Verpflichtung zur jährlichen Berichterstattung und Bestandsfälle müssten alle zwei Jahre neu betrachtet werden. Mit steigenden Fallzahlen sei zu rechnen.

Herr Müller weist darauf hin, dass für die ab 01.01.2018 zu leistende Aufgaben aktuell kein Personal vorhanden sei und alle Stellen vor dem 01.01.2019 besetzt werden müssten.

Herr Erster Stadtrat Hillgruber weist darauf hin, dass die neue Stelle für die Systembetreuung LÄMMkom zunächst auf drei Jahre befristet werden solle. Danach solle die Situation neu betrachtet werden.

Herr Florian fragt nach räumlichen Kapazitäten und weist darauf hin, dass die Eingliederungshilfe ein sensibler Bereich sei, der Beratung in Einzelbüros erfordere.

Herr Müller weist darauf hin, dass die Personalsuche einige Zeit in Anspruch nehmen werde und es auf dem Markt aktuell Konkurrenz geben würde.

Herr Rosenkranz gibt Erläuterungen zum Verfahren LÄMMkom.

Herr Erster Stadtrat Hillgruber geht auf den Antrag des Personalrates ein, alle sieben Stellen bereits zum 01.07.2018 zu besetzen und zeigt - vor dem Hintergrund, dass die Arbeitsbelastung in Neumünster im Vergleich der vier kreisfreien Städte am größten sei - Verständnis für die insgesamt frühere Stellenbesetzung. Er schlägt vor, darüber nicht heute zu entscheiden, sondern eine neue Vorlage zur nächsten Ratsversammlung zu erstellen.

Frau Krebs und Frau Lingelbach sprechen sich im Hinblick auf eine insgesamt zügige Stellenbesetzung dafür aus, heute einen Beschluss zu fassen. Frau Krebs teilt mit, dass zur

früheren Stellenbesetzung eine Beratung in ihrer Fraktion erfolgen werde.

Der stellvertretende Vorsitzende lässt über den Vorschlag, eine neue Vorlage zur nächsten Ratsversammlung zu erstellen, abstimmen:

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: 4  
Nein-Stimmen: 4  
Enthaltung: 0

**Beschluss:**

Abgelehnt

Anschließend lässt der stellvertretende Vorsitzende über die Vorlage abstimmen.

**Beschluss:**

Einstimmig beschlossen

**Endgültig entscheidende Stelle:**

Ratsversammlung

11 .	Mitteilungen
------	--------------

Frau Folchert berichtet, dass die Stadt Neumünster dringend Schöffinnen und Schöffen für den Erwachsenen- sowie Jugendbereich suche. Sie bittet die Anwesenden für dieses Ehrenamt zu werben.

Herr Deicke erbittet dazu eine Information, die er an die Freien Wohlfahrtsverbände weiterleiten wolle.

Der stellvertretende Vorsitzende dankt abschließend für die gute kooperative Zusammenarbeit im Ausschuss während der Wahlperiode.

gez. Manfred Zielke  
(stellv. Ausschussvorsitzender)

Gudrun Folchert  
(Protokollführerin)